

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege
des Landes Nordrhein-Westfalen

LAG FW NRW • Lenaustraße 41 • 40470 Düsseldorf

Der Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
MdL Dr. Stefan Nacke
Per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

Der Vorsitzende

c/o Diakonisches Werk
Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.

Lenaustraße 41
40470 Düsseldorf

Telefon: 0211 6398-410
Telefax: 0211 6398-317

www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

Ihre Zeichen/Ihr Schreiben vom Unsere Zeichen/Auskunft erteilt

Mailadresse

Düsseldorf

lagfw@diakonie-rwl.de

07.11.2019

„Kommunalpolitisches Ehrenamt und politische Partizipation stärken Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“, Einsetzungsbeschluss Drucksache 17/3754

Sehr geehrter Herr Dr. Nacke,

beigefügt erhalten Sie die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW, die zusammen mit der ebenfalls beigefügten Anlage zu dem o. g. Einsetzungsbeschluss abgegeben wird.

Für eine Berücksichtigung unserer schriftlich dargelegten Überlegungen und Vorschläge im weiteren Verfahren wären wir dankbar.

Für evtl. Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege NRW



Christian Heine-Göttelmann
Vorsitzender

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/2008**

A42

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen



Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW zum Kommunalpolitisches Ehrenamt und politische Partizipation stärken Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“– Drucksache 17/3754

Der LAG Arbeitsausschuss Bürgerschaftliches Engagement begrüßt die Anfrage und Auseinandersetzung zur Partizipation und Teilhabe

Die Demokratie stellt die Grundfeste unserer Gesellschaft dar. Ein Bestandteil demokratischer Prozesse ist die Partizipation. Die Mitgestaltung der Entscheidungsprozesse und die Teilhabe stärken das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Wohlfahrtverbände stehen in einer langen Tradition partizipativer Arbeit. Im Bereich vom bürgerschaftlichen Engagement wird dieses partizipative Empowerment auch der „Kitt“ der Gesellschaft genannt.

Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet vereinfacht: „Was der Einzelne, die Familie oder Gruppen und Körperschaften aus eigener Kraft tun können, darf weder von einer übergeordneten Instanz noch vom Staat an sich gezogen werden. Es soll sichergestellt werden, dass Kompetenz und Verantwortung des jeweiligen Lebenskreises anerkannt und genutzt werden. Das schließt allerdings die staatliche Pflicht mit ein, die kleineren Einheiten falls nötig so zu stärken, dass sie entsprechend tätig werden können.“¹

Die Haltung des Subsidiaritätsprinzips ist in der kommunalen Verwaltung und Praxis heute nicht mehr selbstverständlich. Besonders bei Aufgaben im freiwilligen / bürgerschaftlichen Engagement übernehmen die Kommunen gerne selber die Verantwortung.

Die Landesengagementstrategie in NRW ist ein enormer partizipativer Prozess. In der Abschlussphase wird es darauf ankommen, eine strategische Formulierung der Ergebnisse und kleinteilige Handlungsschritte zu erarbeiten. Spannend wird sein, wie partizipativ der Prozess weiter gestaltet wird.

„Partizipation ist ein wesentlicher Bestandteil im Integrationsprozess. Denn Partizipation bedeutet Teilhabe und Inklusion in die verschiedenen gesellschaftlichen Lebensbereiche. Partizipation stärkt die Selbstwirksamkeit der Individuen und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“² Seit 2016 fördert die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sehr erfolgreich bundesweit Projekte zum Empowerment mit geflüchteten Frauen. Bei der Durchführung der partizipativen Angebote wurden immer stärker radikale Gruppierungen aktiv, die diese Entwicklung stören.

Der LAG Arbeitsausschuss Bürgerschaftliches Engagement verdeutlicht die notwendige Auseinandersetzung mit partizipativen Prozessen sowie Teilhabe und regt weitere Projekte und Diskussion zu dem Thema an.

Düsseldorf, den 07.11.2019

¹ Web Seite BAGFW 2019

² Impulspapier Partizipation der BAGFW 2018

Rückmeldung zum Fragenkatalog des LAG Arbeitsausschuss Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe

1) Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?

- Zeitliche starke Beanspruchung, Konflikt Vereinbarkeit Beruf, Familie und Ehrenamt, zu geringe Aufwandspauschalen, zu bürokratische unklare Sprache von Verwaltungsvorlagen, erfordert ausführliche eigene Recherchen.
- Menschen, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten, stehen oft vor vielen Fragestellungen. Neben den bekannten Herausforderungen (zeitliche Beanspruchung (Familie/Beruf/Ehrenamt), Einarbeitung in komplexe Themenstellungen, etc.) kommt hinzu, dass es immer mehr Gering- anstatt Wertschätzung gegenüber Kommunalpolitiker*innen zu verzeichnen gibt. Dies fängt bei der Pflege von Vorurteilen an (Fitz/Ämtermissbrauch/"Machen sich die Taschen voll."/Teil der sogenannten Altparteien etc.) bis hin zu tätlichen Angriffen gegenüber politisch Engagierten. Wobei bei letzterem nicht mehr nur von Geringschätzung gesprochen werden kann.
- Sachkundigen Bürger*innen muss der Einstieg in die Gremien der Politik erleichtert bzw. deren Existenz erst einmal bekannt gemacht werden. Auch bei ihnen muss die Mitwirkung im Kontext von Vereinbarkeit zeitlich und organisatorisch möglich gemacht werden.
- Menschen, die sich mit ihren Anliegen (für die Gemeinschaft) an „die Politik“ wenden, müssen geeignete Ansprechpartner*innen und Gremien finden, die sie dabei möglichst ohne Hürden unterstützen.

2) Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?

- immer öfter Unvereinbarkeit mit beruflichen und familiären Verpflichtungen (Zeit, Arbeitsverdichtung etc.) aufgrund langer Sitzungszeiten und umfanglicher Vorbereitungen in Themen, zu bürokratische Abläufe, unverständlich formulierte Vorlagen
- s.o.
- aber auch der öffentliche, teilweise verständliche Erwartungsdruck trotz eines Ehrenamtes und einer eigentlich ganz anderen Rolle als Kommunalpolitiker*in richtige und fachlich umfassende Entscheidungen bei äußerst komplexen Fragestellungen zu treffen.
- Innerparteiliche, teilweise wenig transparente und demokratietheoretisch schwierige Aufstellungsverfahren

3) Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?

- Klar strukturierte und moderierte Sitzungen mit verlässlichem Zeitmanagement, höhere Pauschalen, um Ausfallzeiten seitens der Arbeitgeber zu kompensieren, verständliche Vorlagen mit informativen Anlagen
- Klar strukturierte und moderierte Sitzungen mit verlässlichem Zeitmanagement, höhere Pauschalen, um Ausfallzeiten seitens der Arbeitgeber zu kompensieren, verständliche Vorlagen mit informativen Anlagen.
- Imageverbesserung der Kommunalpolitik an sich; dabei muss aber auch die Vorbildfunktion der Kommunalpolitik selber nicht außer Acht gelassen werden.
- Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik muss professionalisiert und transparent geregelt sein und darf nicht dem Zufall „oder guten Beziehungen“ überlassen werden.

4) Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?

- s.o.

5) Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?

- Ja, z.B. Vorababstimmungen per Voten und digitalen Konferenzen
- Zum einen durch die Nutzung/ die zur Verfügung Stellung digitaler Geräte und Plattformen (z.B. Stichwort papierloser Rat).
- Zum anderen aber auch durch digitale Sitzungen, Sitzungsmanagement, digitale Abstimmungen innerhalb von Gremien, aber z.B. auch bei Entscheiden jeder Art.
- Möglichkeiten der digitalen Information über Apps/Livestreams von Sitzungen etc.

6) Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z. B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?

s.o.

7) Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?

- Eine große Rolle, daher Aufwertung des Engagements in den Medien und in der Gesellschaft sowie eine Kultur der Wertschätzung und Transparenz innerparteilich.

- Da ein*e kommunalpolitische Mandatsträger*in, wie jede*r andere Ehrenamtliche, nicht nur etwas gibt, sondern – neben einer eher geringen Aufwandsentschädigung – i. d. R. auch etwas bekommen möchte (nämlich Wertschätzung), spielt diese eine große Rolle.

8) Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?

- Keine, sondern Glaubwürdigkeit und transparente Entscheidungsfindungen für alle
- politische Bildungsangebote zugeschnitten auf Menschen jeden Alters und jeder sozialen Gruppen (z.B. Planspiel Kommunalpolitik, Wie funktioniert Demokratie?, Besichtigung von kommunalen Institutionen etc.)

9) Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?

- Raus aus den Hinterzimmern der Parteien hin zu den kommunalen Expert*innen der Themen. Statt Proporz und parteiinterne Berücksichtigung, Ämter und Funktionen besetzen nach fachlichen Expertisen und repräsentativer Vielfalt
- Mehr Einbindung von Betroffenen (Jugendparlament, Vertreter*innen von den Zielgruppen über die man spricht anhören, nicht „bloß“ Expert*innen, die ÜBER sie sprechen etc.).
- Konsequenterer Barrierefreiheit auf allen Ebenen (Zugänge, Sprache etc.).

IV. Fragestellungen

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende vier Fragekomplexe:

- Wie kann das kommunalpolitische Ehrenamt als Basis demokratischer Partizipation angesichts der Komplexität seiner Entscheidungsnotwendigkeiten gestärkt werden?
- Wie können wir die öffentliche Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements in den sich von unten nach oben aufbauenden Entscheidungsgremien Nordrhein-Westfalens weiter steigern (Gemeinde-/Stadträte, Kreistage, Regionalräte, Landschaftsversammlungen)? Wie kann Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner föderalen „Kulturhoheit“ (weiter-)bildungs- sowie medienpolitisch die politische Partizipation seiner Bürger stärken und ein Bewusstsein für demokratische Tugenden fördern?
- Mit Hilfe welcher zivilgesellschaftlicher und öffentlicher Akteure lässt sich eine landespolitische Debattenkultur etablieren, die einer weiteren Fragmentierung der Öffentlichkeit entgegenwirkt?
- Wie lässt sich die Finanzautonomie der Länder und damit die politische Relevanz der Landesparlamente steigern (Etatrecht als parlamentarisches „Königsrecht“)? Wie kann das Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsstruktur der politischen Ebenen von Europäischer Union, Bund, Länder und Kommunen besser zur Geltung gebracht, und wie können dabei die spezifischen Länderkompetenzen weiter profiliert werden?